

Zu den
problematischen Relikten
der Diktatur

Ungarische Geschichte und Gegenwart

Mária Schmidt

*„Ich wollte ein christliches Ungarn,
denn nur das hat eine Zukunft.“*

József Antall, 1993

Ungarn überschritt die Schwelle zum einundzwanzigsten Jahrhundert als unabhängiges, freies und demokratisches Land. Nach viereinhalb Jahrzehnten der Diktatur und dem Zerfall des sowjetischen Reiches begann für das Land eine neue Zeitrechnung. Das hinter uns liegende zwanzigste Jahrhundert war die Zeit der großen, umfassenden Ideologien. Die vom Mythos der Reinheit der Rasse geleiteten Nazis, die Ungarn im Frühjahr 1944 besetzten, waren der Ansicht, das Recht zu haben, ganze Völker vernichten zu dürfen, damit die von ihnen allein als würdig erachtete arische Rasse ungestört herrschen könne. Der Kommunismus, der den östlichen Teil Europas einverleibte, versprach, die perfekte, klassenlose Gesellschaft in absehbarer Zeit zu verwirklichen, und hielt im Interesse dessen jedes Mittel, auch die Ausrottung ganzer gesellschaftlicher Klassen, die Vernichtung von Millionen von Menschen, für legitim. Beide auf Ausschließlichkeit ausgerichteten, aggressiven Welterklärungen versuchten in einer bis ins Extreme simplifizierten Form, auf die Regungen in der Gesellschaft zu reagieren. In Wirklichkeit handelte es sich jeweils um einen Religionsersatz, und es wurden Identitäten angeboten, die auf einem ähnlichen emotionalen Engagement basierten wie die traditionellen Kirchen. Die Gläubigen himmelten aber

irdische Götter, ihre Führer an und vergötterten diese. Nach dem Scheitern dieser Experimente versuchte Ungarn, sich auf europäische und ungarische demokratische Traditionen stützend, sich den neuen Bedingungen anzupassen.

Nach der Wende musste das die totalitären Diktaturen regelnde System des Einparteiensstaates aufgelöst und eine auf Privateigentum basierende Marktwirtschaft eingeführt werden. Ungarn meisterte beide Aufgaben durchaus mit Erfolg. Es schuf den Rahmen der Rechtsstaatlichkeit und senkte den Anteil an staatlichem Besitz innerhalb eines Jahrzehnts auf ein Minimum. Der Übergang zwischen den beiden Systemen wurde von der ehemaligen Elite der Staatspartei und den an der Wende interessierten, die rivalisierenden politischen Kräfte repräsentierenden Gruppen mittels Verhandlungen abgewickelt. Bei den ersten demokratischen Wahlen im Jahr 1990 gelangten die Nachfolgepartei (Ungarische Sozialistische Partei – MSZP) und die liberale Partei der einstigen Oppositionellen (Bund Freier Demokraten – SZDSZ) sowie eine Generationenpartei (Bund Junger Demokraten – Fidesz) in die Opposition. Unter der Führung von József Antall (Mai 1990 bis Dezember 1993) erhielt eine christliche, konservative Koalition die Ermächtigung zur Regierungsbildung. Die erste demokratisch gewählte Regierung führte eine Politik, die auf den Traditionen der europäischen christlichen Parteien, in erster Linie jener der CDU

basierte, und integrierte sich somit in deren politische Familie.

Die größte Herausforderung bedeutete für die erste demokratische Regierung die Veränderung der Eigentumsverhältnisse, das heißt die Frage der Privatisierung. Antall entschied sich für eine partielle, in vielen Fällen eher nur symbolische Entschädigung, eine Reprivatisierung lehnte er ab. Sein Ziel war es, der Wirtschaft, die sich in einer überaus schlechten Lage befand, mit der Privatisierung der wettbewerbsunfähigen Unternehmen eine Atempause zu ermöglichen, denn zur Wende war das sozialistische Wirtschaftssystem zusammengebrochen, das Land in einer Schuldenspirale gefangen, und die Reserven gingen gefährlich ihrem Ende zu: Der Einparteiensstaat hatte ein Erbe von einundzwanzig Milliarden Dollar Auslandsschulden, 600 Millionen Dollar Devisenreserve und eine sich beschleunigende Inflation hinterlassen. In Ungarn herrschte allgemeiner Konsens darüber, dass der staatliche Besitz in Privateigentum umgewandelt werden müsse. Allerdings war nur wenig die Rede davon, wer die neuen Eigentümer sein und wie sie zu ihrem Eigentum gelangen sollten. Kapital hatten die ungarischen Bürger nach fast einem halben Jahrhundert des Sozialismus nämlich nicht und konnten es auch gar nicht haben. Daher musste man sich eine Technik (zum Beispiel Programme für Arbeitnehmer als Teilhaber, Entschädigungscoupons) ausdenken, mit deren Hilfe auch Ungarn an der „Neuprivatisierung“ des staatlichen Eigentums teilhaben konnten, damit nicht das gesamte Land von ausländischem Kapital aufgekauft würde; was die Chance auf die Entstehung einer breiten nationalen Mittelschicht, worauf Antall drängte, verhindert hätte. Die Privatisierung ging zwar schnell und erfolgreich vonstatten, doch war sie selbstverständlich auch ungerecht und begünstigte diejenigen, die zur rechten Zeit am

rechten Ort waren. 1987 ermöglichte das Gesetz über die wirtschaftlichen Gesellschaften die Übergabe von Staatseigentum in Privathand. Die Unternehmung an sich aber war einzigartig: Niemals und nirgendwo hatte man bislang versucht, aus staatlichem Eigentum ohne Reprivatisierung erneut Privateigentum zu machen. Tatsache jedoch ist, dass die parteistaatliche Elite zur Zeit der Wende nicht abgelöst wurde. So bemühten sich die beiden nicht postkommunistischen Regierungen (1990 bis 1994, 1998 bis 2002) zwar, eine alternative Truppe in Position zu bringen, doch die 1994 bis 1998 beziehungsweise 2002 bis 2010 regierende Koalition aus Sozialisten und Freien Demokraten restaurierte die Machtpositionen der früheren Elite, bestehend aus den Betreibern, Nutznießern und Handlangern der Staatspartei, sowohl innerhalb des Regierungs- als auch des Staatssektors, während sich das entscheidende Segment der Wirtschaft ebenfalls in ihren Händen befand.

In Ungarn gingen demnach die Auflösung des Einparteiensystems und die Schaffung des demokratischen Institutionensystems nicht mit der Ablösung der Elite einher. In den zwei Jahrzehnten, die seit der Wende vergangen sind, wurde das Land zum Großteil von der alten kommunistischen Machtelite und deren Verbündeten gelenkt. Diese Elite verhielt sich zur Politik in vielerlei Hinsicht auf eine Art und Weise, die sie sich in der Diktatur angeeignet hatte. Wenn es vonnöten schien, wurden, ohne zu zögern, Methoden angewandt, die sich zur parteistaatlichen Zeit bewährt hatten, andererseits stand ihr jedoch auch die technokratische Machtausübung des modernen Turbokapitalismus nicht fern.

Es verrät viel, dass man sich in Ungarn bis heute nicht einigen konnte, was in den Jahren 1989 und 1990 überhaupt geschehen ist. Einige sprechen von einem Systemwandel, andere von einem Wende-

moment. Nicht wenige stellen selbst die historische Bedeutung der Ereignisse infrage, ihrer Aussage nach war es ein samtener Übergang von der Diktatur zur Demokratie. Die Abschaffung der totalitären kommunistischen Diktatur und die Erschaffung demokratischer Verhältnisse, der Aufbau von Marktwirtschaft und Rechtsstaat haben aber eine wirklich revolutionäre Bedeutung. Es kann von einem wahren und bewusst durchgeführten Systemwandel gesprochen werden, an dem sich breite Schichten der ungarischen Gesellschaft beteiligten.

Relikte der Diktatur

Doch die Diktatur verschwand nicht spurlos. Denken, Ängste und spontane Reaktionen zeigen, dass sie im ungarischen Volk weiterlebt. In den vergangenen zwei Jahrzehnten waren die Weltanschauung sowie das Gesellschaftsverständnis der ungarischen politischen Elite von einem Denken innerhalb der marxistischen Begrifflichkeiten bestimmt. Man vertrat die Ansicht, seine Position, solange man wolle, beibehalten zu können, wenn man die Menschen nur regelmäßig „beschenkte“, ihnen eine „Wende des Wohlstands“ versprach und ähnlich wie in den beiden letzten Jahrzehnten der Kádár-Ära den Lebensstandard beständig verbesserte. Wir mussten die Erfahrung machen, dass sich die Regierungen zwischen 2002 und 2009 ähnlich wie die Regierung Kádár die Unterstützung der ungarischen Bürger ebenfalls durch hemmungslose Kreditaufnahmen aus dem Ausland sicherten und das Land mit einer Unverantwortlichkeit nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“ in die Verschuldung steuerten. Die nach 2002 erneut an die Macht gelangte Nachfolgepartei MSZP und ihre liberalen Verbündeten verteilten entsprechend der Methode, die sie in den Siebziger-, Achtzigerjahren beobachten konnten und erlernt hatten, die aus den Privatisierungen stammenden immensen Einnah-

men ebenso wie die darüber hinaus aufgenommenen riesigen Kreditsummen unter den Wahlbürgern im Tausch für ihre Wahl und die Erduldung ihrer korrupten und leistungsschwachen Herrschaft.

Die demokratischen Institutionen Ungarns funktionieren seit zwei Jahrzehnten, das staatliche Eigentum wurde von der Dominanz des Privateigentums abgelöst, es herrscht ein Mehrparteiensystem, und alle vier Jahre werden freie Wahlen abgehalten. Der Kommunismus aber hat in der politischen Kultur tiefe Spuren hinterlassen. Eine Auffassung, die alles schwarz-weiß malte, gehörte nämlich zum Wesen der kommunistischen Diktatur: Hier existierte nur eine Wahrheit, die Wahrheit der Partei. Bis zum endgültigen Sieg des Kommunismus – der im Übrigen nicht erfolgte – mussten fortwährend Kämpfe um Leben und Tod geführt werden. Dazu war es notwendig, abweichende Meinungen verstummen zu lassen, ihre Repräsentanten auszuschalten. Das Wesen der Demokratie liegt demgegenüber darin, zwischen verschiedenen Ansichten und Interessen zu einem Kompromiss zu gelangen. Aus der Angleichung mehrerer abweichender Standpunkte werden jene Politiken gestaltet, die nicht nur die Interessen der Mehrheit, sondern auch die der Minderheiten berücksichtigen, denn im Laufe der Wechselwirtschaft kann aus der Mehrheit rasch eine Minderheit werden und umgekehrt. In Ungarn experimentiert die politische Klasse allerdings mit einer Demokratie ohne Kompromisse. Um die Ratlosigkeit zu verbergen, geht man Diskussionen aus dem Weg, somit prallen gegensätzliche Meinungen fast nie aufeinander. Es gibt keine Fragen, keine Zweifel, die gegensätzlichen Vorstellungen befruchten, bereichern einander nicht. Die Lager werden in ständiger Kampfbereitschaft gehalten, und auf solche, die über die Frontlinien greifen, wird von beiden Seiten das Feuer eröffnet.

Die Fortführung dieser Praxis der Diktatur zeigte sich jedoch nicht nur hier, sondern auch in jener Tatsache, dass die Solidarität zu den ungarischen nationalen Minderheiten jenseits der Grenzen Ungarns aufkündigt wurde, und das obschon dieses Mal keinerlei äußerer Zwang vonseiten der Großmächte auf die Regierenden ausgeübt wurde. Die ungarischen Sozialisten setzten unter der Leitung ihres Premiers *Ferenc Gyurcsány* (Ministerpräsident von 2005 bis 2009) einen Feldzug der Lügen gegen unsere ungarischen Brüder und Schwestern außerhalb der Grenzen in Gang. Mit dem Schüren des Wohlstandschauvinismus fügten sie der ungarischen Nation, dem ungarischen Nationalbewusstsein, unserer Identität dauerhaften Schaden zu. Ferenc Gyurcsány und die von ihm angeführte Ungarische Sozialistische Partei sowie ihr Koalitionspartner, der Bund Freier Demokraten, erzielten mit ihrer unverantwortlichen und schadhafte Politik, die sie bei der Volksabstimmung zur doppelten Staatsbürgerschaft am 5. Dezember 2004 an den Tag legten, eine endgültige Spaltung der Nation: Ungarn und Ungarn wurden einander gegenübergestellt.

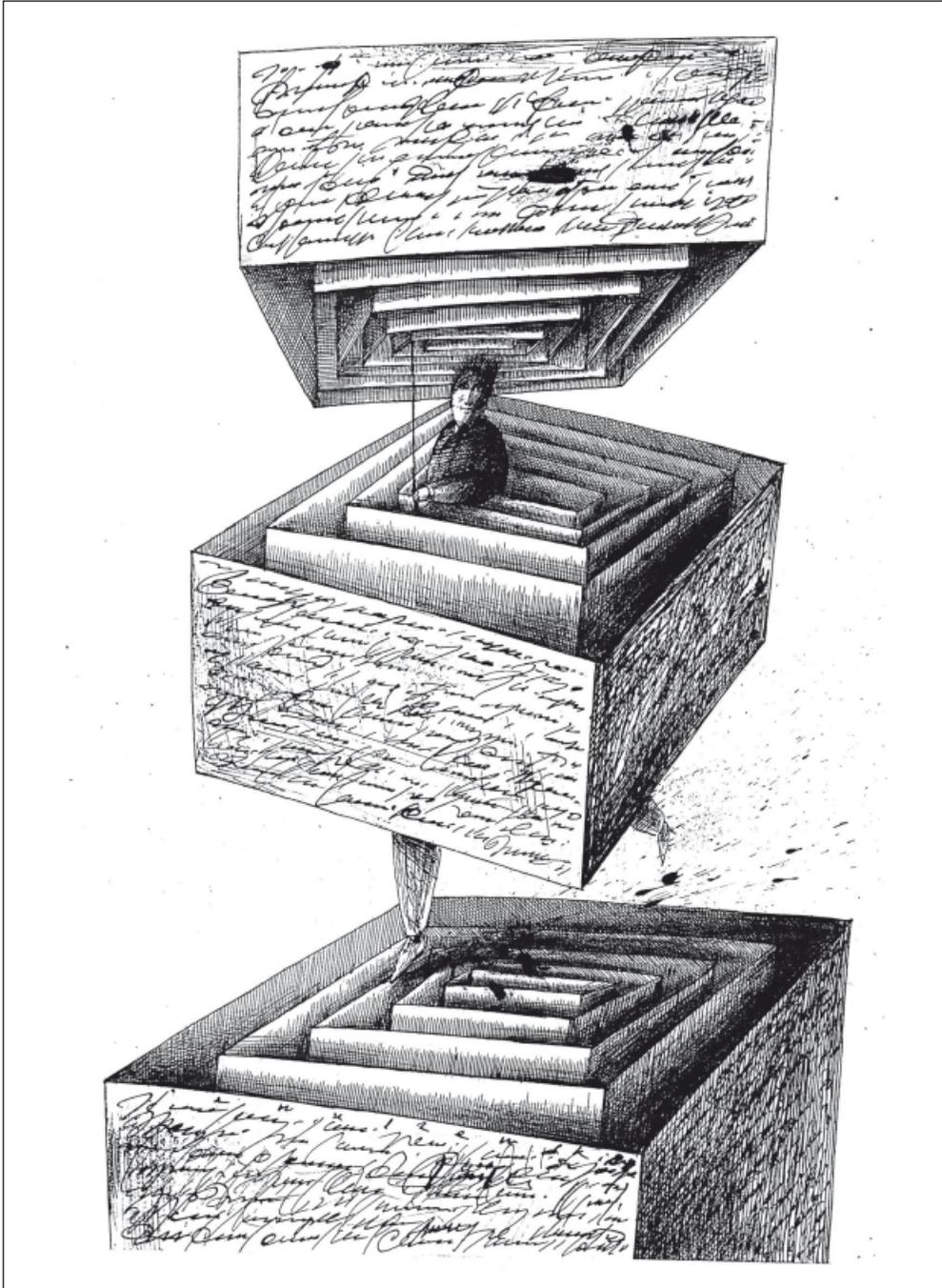
In der Diktatur benötigen die Machthaber zur Stabilisierung ihrer illegitimen Position ein ständiges Feindbild, einen Sündenbock. Auch diese Tradition erweckte Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány erneut zum Leben, indem er seine Opposition als Feind betrachtete. Es ist beachtenswert, dass die Berufung auf die Wühlarbeit, die Mäkelei vonseiten der Opposition – eine Entsprechung des unermüdlichen Kampfes gegen die „Sabotage des Klassenfeindes“ aus der parteistaatlichen Zeit – das wichtigste Argument der Gyurcsány-Ära war und blieb, auf das man als Erklärung der Misserfolge, diese gewissermaßen rechtfertigend, verweisen konnte. Den Reflexen der parteistaatlichen Diktatur entsprach

weiterhin, dass die Sozialisten – mit tatkräftiger liberaler Unterstützung – einen frontalen Angriff auf alle demokratischen Institutionen richteten. Jede Autorität wurde von ihnen in den Schmutz gezogen, jede Institution diskreditiert.

Die Regierungsarbeit wurde eingestellt, die Polizei demoralisiert. Der Staat wurde zerrüttet und funktionsunfähig gemacht. Die Geheimdienste unterstellte man den eigenen Machtspielen. Man benahm sich wie zu parteistaatlichen Zeiten, als das Interesse der Partei beziehungsweise des jeweiligen Parteiführers den öffentlichen Interessen *per se* übergeordnet war. Auch Erbe der Diktatur ist, dass ein Teil der ungarischen politischen Elite die Ansicht vertritt, die Praxis „Alles für das Volk, nichts durch das Volk“ sei mit der Demokratie vereinbar. Sie versteht nicht, dass es in einer Demokratie ohne die Unterstützung der Mehrheit der Wahlbürger weder möglich ist, Reformen durchzuführen noch zu regieren. Reformen müssen eingebettet werden, es braucht Zeit, damit die Menschen einsehen, dass ihnen keine andere Möglichkeit als die der Veränderung bleibt, dass sie dem Gewohnten entsagen müssen und das Neue annehmen.

Ferenc Gyurcsány behandelte die Öffentlichkeit in einer Weise, die der Praxis der Diktatur ähnelte. Er benutzte die Medien als Sprachrohr, konnte die journalistische Unabhängigkeit nicht ertragen. Die ihm unlieben Zeitungen und Fernsehsender boykottierte er, die ihm nahestehenden Journalisten ließ er umherreisen und verhätschelte sie. Er legte fest, wer mit ihm ein Interview führen, wer ihn befragen durfte und worüber. Seine Auftritte, Interviews, PR-Sendungen, Äußerungen überströmten die Öffentlichkeit. Darin brach er allerdings mit der Zurückhaltung des Kádár-Regimes und griff vielmehr auf die Traditionen der 1950er-Jahre, des Rákosi- beziehungsweise des Stalin-Kults zurück. Das öffent-

„[Ferenc Gyurcsány] benutzte die Medien als Sprachrohr, konnte die journalistische Unabhängigkeit nicht ertragen [...] Seine Auftritte, Interviews, PR-Sendungen, Äußerungen überströmten die Öffentlichkeit [...] Es ist bedauernd wert, wie viele Vertreter der ungarischen Presse derart bereitwillig bei alledem assistierten.“
Hier Zygmunt Januszewski, „Mittendrinn“



lich-rechtliche Fernsehen war verpflichtet, seine „Universitätsvorträge“, seine Kochkurse, die immer wieder neuen Wortergüsse regelmäßig zu übertragen. Es ist bedauernswert, wie viele Vertreter der ungarischen Presse derart bereitwillig bei alldem assistierten. Unter Gyurcsány wurden Angst und Ausgeliefertsein wieder zu einem allgemein beherrschenden Gefühl. Ein bedeutender Teil der ungarischen Bürger musste im Alltag erfahren, dass die Budgetquellen erneut nach politischem Engagement verteilt wurden und man diejenigen, die nicht zum linksliberalen Lager gehörten, nur in einer Art beteiligte, als handelte es sich um eine besondere Gnade. Eine Auszeichnung, eine staatliche Anerkennung stand nahezu jedem Mitglied der linksliberalen Gefolgschaft zu.

Zerstörung und Neubeginn

Im Frühjahr 2009 dann ließ Gyurcsány, nachdem er jede Struktur und Institution zerschlagen, den Staat funktionsuntüchtig gemacht hatte, alles stehen und liegen und entschied am 21. März, von der Bildfläche zu verschwinden.

Die Ungarische Sozialistische Partei hatte plötzlich verstanden, dass Gyurcsány auch die Existenz der Partei aufs Spiel gesetzt hatte, denn mit seiner Unfähigkeit hatte er die ungarische Linke auf den Nullstand gebracht. Damit hatte er zugleich der politischen Rechten zu einer historischen Chance verholfen. Im Jahr 2010 brachte eine überwältigende Mehrheit der ungarischen Wahlbürger den Bund Junger Demokraten (Fidesz) an die Regierung. Es ist nun die Aufgabe von Ministerpräsident Viktor Orbán, Ungarn

aus der Stagnation und der Krise herauszuführen. Seine Verantwortung ist immens, sie steht in Relation zu dem Vertrauen, das ihm bei den Wahlen entgegengebracht worden ist.

Es steht nicht in Ungarns Macht, die Weltwirtschaftskrise zu lösen, dazu hat das Land weder die Kraft noch die entsprechenden Möglichkeiten. Wenn sich die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten und Deutschland stabilisiert, dann wird dies auch uns mit sich ziehen. Die Aufgabe der ungarischen Elite ist es, die Funktionsfähigkeit des Landes so lange zu wahren, bis die Großen kränkelnd, den Binnenkonsum aufrechtzuerhalten und die notwendigen und ausreichenden Reformen vorzubereiten, die nach der Überwindung der Krise in Gang gesetzt werden müssen. Doch bedürfen wir weder der Reformwut noch der Hektik. Die Unterstützung der Mehrheit der ungarischen Bürger zu erlangen ist im Interesse überdachter und geplanter Schritte, die stufenweise aufeinander aufbauen, möglich und notwendig. Allerdings bedarf es dazu einer glaubwürdigen Politik und guter Programme.

Die globale Weltwirtschaftslage bietet den mittel- und osteuropäischen Ländern eine gute Gelegenheit, als regionale Kraft aufzutreten. Die Länder, die sich von den Diktaturen befreit haben, müssen erkennen, dass die tragischen Geschehnisse des zwanzigsten Jahrhunderts sie einander nähergebracht haben, dass sie eine gemeinsame Sprache sprechen, die auch der Westen verstehen sollte. All dies ist ein gemeinsames Interesse, damit die Europäische Union unser gemeinsames Zuhause werden kann.